

Freie Presse

Eigene Vertreter in: Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kaniuch, Konin, Konstantynow, Lipno, Lublanc, Rypin, Sosnowice, Tomaszew, Turek, Warschau, Zdanow, Zolow, Zyrardow.

Nr. 296

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrusstraße 86

2. Jahrgang

Letztlich-polnische „Entente Cordiale“.

Zur Bekämpfung des Bolschewismus.

Nach einer Meldung aus Riga haben Lettland, Polen und Litauen ein Abkommen zur Bekämpfung der Truppen Awalon-Vermondt abgeschlossen während ein entsprechender Vertrag zwischen Lettland und Estland nicht zustande gekommen sein sollte. Inzwischen scheint es den Letten gelungen zu sein, Estland, den stärksten der baltischen Randstaaten, für ihre Absicht zu gewinnen, allerdings durch sehr große Zugeständnisse. Es wird darüber aus Helsingsfors gemeldet:

Unter englischem Vorsitz fanden zwischen der lettischen und der estnischen Regierung Verhandlungen statt. Diese sollen nunmehr zu einem Vertrag zwischen Lettland und Estland unter folgenden Bedingungen geführt haben: 1. Estland tritt der Kreis Wall und Teile des Kreises Wolmar bedingungslos an Estland ab. 2. Die Letten haben die estnischen Hilfstruppen zu versorgen. 3. Eventuelle Kriegskosten fällt den Esten zu. 4. Der Oberbefehl über die lettisch-estnischen Truppen geht auf den estnischen General Laidoner über. Als Gegenleistung haben die Esten die Letten an der Rigaer Front mit Truppen zu unterstützen.

Die folgende gleichfalls aus Helsingsfors eingelaufene Meldung steht mit der vorstehenden in unlöslichem Widerspruch:

Eine Meldung aus Riga besagt, daß seit Abbruch der Verhandlungen zwischen Estland und Lettland eine starke Spannung zwischen den Nachbarländern eingetreten sei, so daß bereits Gerüchte von einem bevorstehenden Kriege umflogen. Diese werden von lettischer Seite demontiert. Ein englischer Offizier, Mitglied der Mission, hat einem Vertreter des Blattes „Tallinnalehtaja“ in Riga erklärt, daß sich die Beziehungen zwischen Vermondt und den Verbündeten nicht verbessert hätten und daß eine Verständigung nicht ausgeschlossen sei.

Diese beiden Meldungen aus Helsingsfors lassen sich, bemerkt hierzu das „Fol. Tabl.“, nicht mit einander vereinbaren, vielleicht sucht England alle nordwestrussischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Daß Polen und Lettland miteinander gegen Awalon-Vermondt einig sind, ging schon aus früher veröffentlichten Warschauer Nachrichten hervor, erhielt aber noch aus folgender Meldung aus Berlin:

Nach einer Meldung des lettischen Pressebureaus ist der lettische Außenminister Ahe-romow aus Riga nach Kiga zurückgekehrt und hat seine über Verhandlungen mit der polnischen Regierung folgendes mitgeteilt: Die Verhandlungen haben zur Bildung einer lettisch-polnischen „Entente Cordiale“ geführt. Polen folge mit Enthusiasmus dem lettischen Kampfe bei Riga. Die polnische Regierung habe den Letten Kriegsmaterial geschickt und Maßregeln gegen Vermondt getroffen für den Fall, daß Vermondt eine Bedrohung Polens und Vernichtung Lettlands versuchen würde. Polen wünscht eine enge wirtschaftliche Gemeinschaft mit Lettland, ein freies Transit für Polen nach den lettischen Häfen. Eine diplomatische Vertretung Polens werde dieser Tage in Kiga eintreffen. Außerdem werde in Kiga eine litauisch-lettische Militärkonvention abgeschlossen werden.

Finnland kann nicht helfen.

Wien, 6. November. (Pat.)

Das Korrespondenzbüro meldet aus Helsingsfors: Die finnische Regierung ließ dem General Gubentich die Mitteilung zugehen, daß Finnland ihm keine militärische Hilfe gegen die Bolschewiki gewähren kann, da es weder über das notwendige Kriegsmaterial noch über Geld verfügt.

Sacharows Erfolge.

Helsingfors, 6. November. (Pat.)

Aus Omsk wird gemeldet: Sacharow hat an der Spitze seiner Armee in Richtung Kurgon, einem Städtchen, das 200 Meilen südlich von Tobolsk entfernt liegt, weitere Erfolge errungen. In den letzten Tagen nahmen seine Truppen fünf Städte und 2000 Soldaten gefangen und erbeuteten 19 Geschütze, 40 Maschinengewehre sowie eine große Menge Kriegsmaterial. Kojaten-

Eine neue Entente-Note an Deutschland.

Androhung scharfster Strafmaßnahmen.

Berlin, 6. November.

In Berlin traf eine Ententenote ein, die wegen Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen eine Reihe von Strafmaßnahmen androht und für den Fall der Weigerung Zwangsmaßnahmen androht.

Die Note verlangt u. a. die Ablieferung einer Anzahl von Docks, von ihnen müssen etwa 75 Prozent mehr als 10 000 Tonnage sein. Das gesamte Material muß an Ort und Stelle abgeliefert werden. Ferner wird innerhalb 10 Tagen die Uebergabe einer genauen Liste aller Schiffe, Schwimmboote, Schlepper und Boote, die dem deutschen Reichseigentum sind, verlangt. Dann sollen die Offiziere und Mannschaften der in Scapa Flow verbleibenden Kriegsschiffe, die jetzt von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgehalten werden, außer Abgesandten denen, deren Auslieferung im Art. 228 des Friedensvertrages vorgesehen ist, spätestens nach Erfüllung der oben erwähnten Bedingungen, nämlich Ablieferung und Einreichung der Listen durch Deutschland, heimgeschickt werden. Deutschland soll sich weiter verpflichten, innerhalb 10 Tagen abzuliefern: Maschinen und Motore der Unterseeboote 137, 138 und 150, ferner drei Motore des Unterseebootes 146, als nachmalige Entschädigung für die in der Nordsee versenkten Unterseeboote. Ferner soll sich Deutschland verpflichten, den alliierten und assoziierten Regierungen den Wert des nach neutralen Ländern ausgeführten Luftfahrzeugmaterials gemäß Entschädigung und Abschätzung durch den in Artikel 210 des Friedensvertrages vorgesehenen Luftfahrzeugüberwachungsausschuß zu zahlen. Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen in den bezeichneten Fristen nicht nachkommen sollte, behalten sich die alliierten Mächte vor, alle militärischen und anderen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachten.

Soweit die Berliner Presse zu der neuesten Ententenote bereits Stellung nimmt, äußert sie unvorbehalten ihr Befremden über die neuen Forderungen und Drohungen.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Genf: Im Anschluß an die Beratung der Vertreter der Großmächte in Paris teilen die französischen Zeitungen mit, daß ein Protokoll aufgesetzt wurde, das der deutschen Regierung zur Unterzeichnung unterbreitet werden soll und bestimmt ist, zu verhindern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, die noch nicht erfüllt sein sollen, durch das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinfällig werden. In dem Protokoll soll Deutschland anerkennen, 1. daß es eine Kompensation schulde, für die vor Scapa Flow versenkten Schiffe, 2. daß ein Teil des im Waffenstillstand festgesetzten Eisenbahnmaterials nicht abgeliefert worden sei, 3. daß Deutschland nicht die vollständige Zahl der Handelsfahrzeuge abgeliefert habe, besonders die vorgeschriebenen

Abteilungen, die zur Armee Sacharows gehören, operieren im Rücken des Feindes und verbreiten Panik. Die Bolschewiki ziehen sich in nordwestlicher Richtung zurück.

Berlin, 6. November. (Pat.)

Mit Vorbehalt werden in der Berliner Presse Nachrichten wiedergegeben, wonach in Brionet, dem letzten stark besetzten Ort auf dem Weg nach Moskau, die Arbeiter in sämtlichen Fabriken sich weigerten, für den Bedarf des bolschewistischen Heeres zu arbeiten. Die roten Truppen seien feierlich mit der Befestigung der Stadt beschäftigt. Die bolschewistischen Zeitungen sollen hierauf die Lage pessimistisch auffassen. Es wird sogar der, wenn auch nur vorübergehende Fall von Moskau prophezeit.

Stockholm, 6. November. (Pat.)

Trotsky hat folgenden Befehl erlassen: Selbst wenn eine vorübergehende Eroberung Petersburgs den Verlust einiger tausend Arbeiter verursachen sollte, muß die Stadt mit allen Kräften verteidigt

werden. 4. daß Deutschland Fahrzeuge an zentrale Mächte verkauft habe und 5. daß es sich geweigert habe, die Listen derjenigen Titel und Werte abzuliefern, die die deutschen Truppen aus dem besetzten Frankreich und Belgien mitgenommen hatten. Außerdem soll Deutschland anerkennen, daß es seiner Verpflichtung, seine Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen, noch nicht nachgekommen sei.

Zu den Meldungen über das Zusatzprotokoll der Entente wird noch mitgeteilt: Deutschland soll in dem Protokoll, das der deutschen Regierung in allerhöchster Zeit zugestellt werden wird, auch die Ereignisse in den baltischen Provinzen und in Oberschlesien als eine Verletzung des Waffenstillstandes durch Deutschland anerkennen. Der Oberste Rat hat beschlossen, die scharfsten Strafmaßnahmen zu treffen, falls Deutschland nicht in kürzester Frist alle Forderungen erfüllt. Wahrscheinlich werden diese Forderungen in Form eines Anhangs zum Friedensvertrage angeführt werden.

Deutsch-polnisches Beamtenabkommen.

Berlin, 6. November.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen ergaben bisher einen Vertragsentwurf, wonach die deutschen Beamten, auf deren Verbleiben die Polen großen Wert legen, vorläufig in den abzutretenden Gebieten ihre Ämter so lange beibehalten, bis sie seitens der Polen besetzt werden. Durch mehrere andere Bestimmungen sollen die in den abzutretenden Gebieten zurückbleibenden Beamten sichergestellt werden.

Zwischen Vertretern der Eisenbahndirektionen Bromberg und Danzig und der polnischen Regierung ist zur Sicherung der Beamten ein Vertrag geschlossen worden. Einzelheiten sollen einem späteren Vertrag, der nach Inkrafttreten des Friedensvertrages abgeschlossen wird, vorbehalten bleiben. Die Berliner Blätter berichten, legt Polen Wert darauf, daß die Beamten in den abzutretenden Gebieten verbleiben. Der Vorvertrag, der auf drei Monate abgeschlossen ist, worauf dann der Hauptvertrag in Kraft tritt, enthält folgende Punkte: Polen verpflichtet sich, eine Liquidation des Vermögens der Beamten vorzunehmen, ganz gleich zu welchem Zeitpunkt die Beamten in den betreffenden Gebieten angeliefert sind. Daher dürfen auch familiäre Angelegenheiten, die nicht in diesen Gebieten verbleiben wollen, ihre gesamte Habe, auch Lebensmittel, mitnehmen. Die Beamten sollen, sofern sie weiter für Polen Dienst tun wollen, gütlich nicht schlechter gestellt sein. Auch ein etwaiger Ausfall, der den deutschen Beamten durch den Stand der polnischen Währung entgehen könnte, soll ihnen vergütet werden. Beamte, die ihre Angehörigen und Habe bereits nach Deutschland geschickt haben und noch weiter in den betreffenden Gebieten Dienst tun wollen, erhalten 25 v. H. Aufschlag zu ihren Bezügen.

Protest gegen Vermondt.

London, 6. November. (Pat.)

„Temps“ berichtet, daß der Oberst Duparquet, Chef der französischen Mission in Kiga, an den Obersten Vermondt ein Funkentelegramm abgefaßt habe, in welchem er gegen das Bombardement von Riga protestiert.

Vertrag zwischen England und der nordwestrussischen Regierung.

Berlin, 6. November. (Pat.)

Das „Berliner Tageblatt“ erzählt aus Kopenhagen, daß zwischen England und der nordwestrussischen Regierung (Judenitsch-Bianoson) ein Vertrag geschlossen wurde. In London sind Bestimmungen im Gange, die eine Abhängigkeit der Ukraine anzuerkennen.

Das Verhältnis Polens zu Danzig.

Warschau, 6. November. (Pat.)

Der Ausschuß, der die Grundsätze für das zukünftige Verhältnis der freien Stadt Danzig zu Polen auszuarbeiten hat, hat mehrere Unterschlüsse gebildet, die ihre Arbeiten bereits begannen. Der Verkehrsunterausschuß unter Vorsitz von Ludwig Spiß befaßt sich mit einer Reihe von Fragen, die die Danziger Hafen und die Eisenbahnverbindung betreffen und stellt fest, daß im Sinne des Friedensvertrages dem polnischen Staate das Recht der Benutzung des Hafens, der Docks, der Basins usw. ohne jegliche Einschränkung vorbehalten sei. Die Ansicht, daß die polnische Regierung nur den Charakter eines Verwalters habe, entspricht nicht dem Geist und dem Wortlaut des Vertrages. Mit einer Reihe von Räten in dieser Beziehung seien weitgehende Pflichten eng verbunden, die die polnische Regierung im Interesse des polnischen Staates und zugleich im Interesse der Stadt Danzig ausüben werde. Weiter wurde festgestellt, daß alle Eisenbahnen im Bereich der freien Stadt Danzig, mit Ausnahme der Straßenbahnen und der Lokalbahnen, unter polnischer Verwaltung und polnischer Aufsicht stehen würden. Damit eine weitere Entwicklung der Eisenbahnen ermöglicht wird, wird die Verwaltung der freien Stadt Danzig auf Antrag der polnischen Regierung die notwendigen und gesetzlich berechtigten Ermächtigungen vornehmen, deren finanzielle Regelung das polnische Schatzamt übernimmt. Eisenbahnkonzessionen wird die polnische Regierung Privatreisen und Gesellschaften nach Maßgabe der Notwendigkeit erteilen. Auf die Stadt Danzig entfällt keine Verantwortung für die von den Deutschen verursachten Kriegsschäden. Was die Kriegsverluste der Danziger betrifft, so würde in dieser Hinsicht ihr Sachwalter dem Pariser Entschädigungsausschuß gegenüber die polnische Regierung sein. Die Bürger der Stadt Danzig werden das Recht der freien Schifffahrt auf der Weichsel, dem Bug und dem Narew haben. Außerdem wurden Fragen des Post- und Telegraphenwesens, des Handels und des Gewerbes besprochen.

Dieser Tage traf in Warschau eine Gruppe Danziger Kaufleute und Industrieller ein, bestehend aus 10 Deutschen und 8 Polen. Der deutsche Teil der Delegation steht der Kommerzienrat Wiler, die polnische Delegation besteht aus Arbeitervertretern. Im Vola der Handelsbank (Banku Handlowej) fand eine Konferenz unter Mitwirkung des Pommer Danziger Komitees statt. Der Zweck der Reise ist die Verständigung mit den polnischen Industriellen in verschiedenen wirtschaftlichen Fragen, z. B. Warenverkehr, Förderung der polnischen Industrie usw.

Die Verpflegungsdebatte im Sejm.

(Schluß des Sitzungsberichtes.)

Wie schon gestern gemeldet, befaßte sich der Sejm am 6. d. M. in einer Sonder Sitzung mit der Verpflegungsfrage.

Nach Meinung des Abg. Gellischen Sutowski sei die Ursache der Verpflegungsschwierigkeit auch darin zu suchen, daß man kein Material zur Unterstützung des Rettungsprojekts besitze: es fehle eine gute Statistik. Vor allem müsse Getreide aus dem Ausland bezogen werden. Man müsse die private Unternehmungslust in der Landwirtschaft und Industrie fördern. Ferner wendet sich der Redner gegen die Spekulanten und Streiks. Die erste Bedingung einer glücklichen Entwicklung ist die wirtschaftliche Freiheit. Die andauernden Streiks sind eine Vergewaltigung dieser Freiheit. Die sozialistischen Abgeordneten bestritten oftmals, daß sie Anhänger eines allgemeinen Streiks waren oder seien. Der Aufruf an die Arbeiter im Dombrowaer Basin, der während des drohenden Agrar- und Eisenbahnstreiks erlassen wurde, endet mit der Losung: Es lebe der Generalstreik. Diesen Aufruf unterschrieben nicht Bolschewiki, sondern die sozialistischen Abgeordneten T. Kreizewski, W. Gemborek und A. Baal. (Stimmen: Hört! Hört! Wschewski! Schand!) Dieser Art Tätigkeit ist auf die Vernichtung des Staates und seiner Unabhängigkeit gerichtet. Der einzige Ausweg aus dieser wirtschaftlichen Lage

